

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

11.9.1928 (No. 212)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. u. n. v. Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14
Karl-Friedrich-Str. 14
Karl-Friedrich-Str. 14
Karl-Friedrich-Str. 14
Karl-Friedrich-Str. 14

Zeugungspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Kpf. — Samstags 15 Kpf. — Anzeigengebühr 14 Kpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche. Die Zeitung versichert, in bestmöglicher Weise den Inhalt zu veröffentlichen. Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 28. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Weisheitsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Umstellung bei der Reichsbahn

Das Zweiklassenystem — Der neue Tarif
Das Zweiklassenystem bei der Reichsbahn wird am 7. Oktober gleichzeitig mit dem Übergang vom Sommer zum Winterfahrplan eingeführt werden. Von diesem Zeitpunkt an wird es also bei der Reichsbahn im allgemeinen nur noch eine Posterklasse mit der Bezeichnung 2. Klasse und eine Holzklasse mit der Bezeichnung 3. Klasse geben. Die bisherige erste Klasse wird nur in den besonders wichtigen Schnellzügen, FD-Zügen, FFD-Zügen und in den Schlafwagen beibehalten werden. Mit dem Fahrplanwechsel wird auch eine Änderung bei den beschleunigten Personenzügen eintreten. Die bisherigen beschleunigten Personenzüge werden zu 70 Prozent in ihrer bisherigen Form beibehalten, d. h. mit den gleichen beschleunigten Fahrzeiten, jedoch ohne Zuschlag. 30 Prozent der bisherigen beschleunigten Personenzüge werden künftig Elzüge, für deren Benutzung ein Schnellzugzuschlag in halber Höhe erhoben wird. Die Reichsbahn rechnet damit, daß die neue Einteilung in D-Züge, Eil- und Personenzüge eine starke Abwanderung des Verkehrs in die D-Züge, also eine Verbesserung des allgemeinen Reisentums zu Folge haben wird. Die Umwandlung in das Zweiklassenystem dürfte reibungslos verlaufen. Die Abteile erster Klasse werden ab 7. Oktober für Fahrgäste zweiter Klasse freigegeben, die Wagen vierter Klasse ausschließlich zu Wagen dritter Klasse umgebaut. Die Gepäck- und Expressguttarife bleiben, wie nunmehr beschlossen wurde, unverändert. Dagegen werden, wie bereits berichtet, die Gültertarife um 11 Prozent erhöht. Ausgenommen von dieser 11prozentigen Erhöhung sind allerdings die Lebensmittel, die zu den bisher üblichen Tarifen, und die Massenartikel wie Kohlen, Eisen und Stroh, die zu zwar neuen, aber ermäßigten Sätzen befördert werden.

Die Tarifierhöhung bei den Reichswasserstraßen
Bei der Abfertigung der Reichsregierung, am 1. Oktober eine Tarifierhöhung auf den Reichswasserstraßen vorzunehmen, waren, wie man in Berlin erklärt, finanzielle, verkehrs- und handelspolitische und handelspolitische Momente maßgebend. Ein großes deutsches, systematisch ausgearbeitetes Wasserstraßennetz ist unentbehrlich. Die Wasserstraßen bedürfen zur Zeit ihrer Unterhaltung nicht, weil die Vorkänge in Oberdeutschland und die Ruhrgebiete hindernd eingewirkt haben. Es müßten ermäßigte Ankerungsstarke für Wasserstraßen bewilligt werden, die erst jetzt wieder zahlenmäßig den Vorkriegsstand erreicht haben, in Wahrheit aber bei dem sinkenden Geldwert darunter geblieben sind. Die Reichswasserstraßen veranlassen an laufenden Betriebskosten ein jährliches Defizit von drei Millionen, zur Deckung der Selbstkosten fämen noch vier Millionen dazu. Die geltenden Schiffsabgaben müßten zur Deckung der Selbstkosten um 50 Prozent erhöht werden, zur Deckung der laufenden Betriebskosten um 33 Prozent.

Sie sollen aber nur um 11 Prozent erhöht werden. Die allgemeine Tarifierhöhung der Reichsbahn gab der Schiffsahrt die Möglichkeit, eine stärkere Wettbewerbsstellung zur Reichsbahn einzunehmen, doch wird durch die Erhöhung der Schiffsabgaben die Möglichkeit noch nicht voll ausgeschöpft. Zwei Drittel des Wasserstraßenverkehrs werden von der Tarifierhöhung gar nicht berührt, weil der abgabefreie Rhein, die abgabefreie Elbe und die teilweise abgabefreie Oder in Rechnung zu ziehen sind. Verschiedene Ausnahmen von den neuen Tarifen sind geplant, so für Kohlenbeförderung und lebenswichtige Nahrungsmittel. Etwaige Härten sollen später beseitigt werden unter Anhörung des Reichswasserstraßenbeirats, der bisher noch nicht gehört werden konnte.

Noch nicht aufgehobene Notverordnungen

Im Zusammenhang mit einem Artikel über auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung während der Krisenjahre nach Kriegsende erlassene Notverordnungen, die noch nicht aufgehoben sind, meldet jetzt das „A. F.“ unter Berufung auf die Meldungen an zuständiger Stelle, daß nunmehr die Absicht besteht, einen Teil der Notverordnungen zu liquidieren. Man will, so sagt das Blatt, nunmehr folgenden Unterschied machen: Notverordnungen, die ihrem Inhalt nach noch unübersichtliche Zeit in Kraft sein werden, wie etwa die Verordnung über Ausprägung von 10- und 50-Pfennig-Stücken, will man in Gesetzesform überführen. Neue anderen, die sich binnen kurzem von selbst aufheben werden, will man bis zu ihrem vernünftigen Ende bestehen lassen. Weiter sagt das Blatt: Abgesehen davon, wie wir hören, im Reichsinnenministerium zur Zeit nicht die Absicht, das sog. wirtschaftliche Notverordnungsrecht, dessen Fehlen in den Jahren 1920—23 die Anwendung des Art. 48 notwendig machte, nunmehr anzutreten. Man glaubt die Zeit hierfür nicht geeignet, und will die Schaffung eines solchen wirtschaftlichen Artikels 48 dem Moment der Not, der alle Parteien von der Notwendigkeit überzeugt, überlassen. Diese Stellungnahme des Ministeriums ist umso mehr zu begrüßen, als das „Wirtschaftliche Notverordnungsrecht“ an Wichtigkeit und Gefährlichkeit einem falsch ausgelegten Artikel 48 nicht nachgeben dürfte.

Ermordung eines slowenischen Nationalisten. In Laibach haben in der Nacht zum Sonntag Unbekannte den in slowenischen nationalistischen Kreisen bekannten Kaufmann E. Perič in seiner Wohnung erschossen. Perič war kürzlich in eine Spionageaffäre verwickelt und wurde beschuldigt, er sei Agent des italienischen Konsuls in Laibach. Er hatte gegen die Personen, die ihm dies vorwarfen, einen Prozeß angestrengt.

Verbot des Barfußgehens in Kiffon. Vom 1. Oktober an wird in Kiffon jedes Barfußgehen verboten.

Letzte Nachrichten

Um die Rheinlandräumung

WTB, Genf, 11. Sept. (Tel.) Im Anschluß an die bisherigen Einzelbesprechungen des Reichskanzlers mit den Hauptbelegierten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens zur Klärung der Räumungsfrage ist die angekündigte gemeinsame Besprechung endgültig auf heute nachmittag 5 Uhr festgesetzt am Sitz der englischen Delegation. Deutscherseits nehmen Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert daran teil.

Die Entschädigungen für die deutschen Patente

WTB, Washington, 11. Sept. Vor dem Schiedsrichter Parker begannen gestern die Verhandlungen für die deutschen während des Weltkrieges von Amerika beschlagnahmten und benutzten Patente. Parker erklärte in der Eröffnungsrede, er werde bis an die Grenze der ihm durch das Freigabegesetz gezogenen Schranken gehen, um eine befriedigende Lösung zu finden.

Nach einer Mitteilung des deutschen Freigabekommissars betrafen die Verhandlungen die Gruppe der früheren deutschen Patente, für die die Regierung der Vereinigten Staaten das Lizenzrecht hat. Als im Jahre 1919 die amerikanische Chemical Foundation die deutschen Patente für die Herstellung von Nitroin und Salvarsan, für die Verwertung von Holzstoffsäure und andere patentierte Verfahren von dem Verwalter des feindlichen Eigentums erwarb, blieb die Frage des antiken Lizenzrechtes zunächst ungeklärt. Erst im Jahre 1921 wurden die Lizenzrechte urkundlich festgelegt. Nach der Behauptung der deutschen früheren Patentinhaber hatte die amerikanische Regierung schon beim Verkauf der Patente an die Chemical Foundation die Lizenzrechte und mußte daher den deutschen Eigentümern nach den Bestimmungen des Freigabegesetzes die Lizenzgebühren zahlen. Nichter Parker wird heute entscheiden, ob er den Beweisbeschluss über diese Frage erlassen soll. In diesem Falle müßten die früheren feindlichen Verwalter der Patente vernommen werden. Über die Entschädigungsbeträge kann erst verhandelt werden, wenn diese Vorklage geklärt ist. Auch bei den Entschädigungen für deutsche Schiffe, die in der nächsten Woche beginnen werden, sind bestimmte Summen bisher nicht beantragt worden, da erst grundsätzlich der für die Schiffswerte anzulegende Maßstab festgestellt werden muß.

Eine deutsch-böhmische Opposition in der Lidchschowakel

WTB, Prag, 11. Sept. (Tel.) In einer Sitzung der Reichspartei der Deutschen Nationalpartei in Mährisch-Schönberg wurde eine Entschließung angenommen, in der die Partei erklärt, daß sie nach den Enttäuschungen, die der Eintritt der deutschen Regierungsparteien in die Regierung gebracht habe, mit der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und dem Subetendischen Landbund Vereinbarungen zur Zusammenfassung der deutsch-böhmischen Opposition getroffen habe und daß der Beitritt der anderen gleichgerichteten Gruppen offenstehe. Gleichlautende Entschließungen wurden auch von den beiden übrigen Parteien angenommen.

Japan und das französisch-englische Flottenabkommen

WTB, Tokio, 11. Sept. (Tel.) Ministerpräsident Baron Tanaka teilte in einer Kabinettsitzung mit, die Regierung habe Großbritannien inoffiziell davon verständigt, daß Japan das französisch-englische Flottenabkommen grundsätzlich freundlich aufnehmen, obwohl es der Meinung sei, daß es schmerzlich sein werde, es durchzuführen. Japan werde sich eine offizielle Antwort vorbehalten, da die Vereinigten Staaten ihre Auffassung noch nicht bekannt gegeben hätten. — Marineminister Okada erklärte, Japan begrüße lebhaft ein solches Abkommen, da es einen Schritt vorwärts zur Weltabklärung darstelle.

Die Haager Entscheidung im Chorowitzstreitfall. Die bereits seit längerer Zeit ausstehende Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in der Schabenerfahrsache der deutschen Regierung im Chorowitzstreitfall wird am kommenden Donnerstag bekannt gegeben werden.

Sichtung und Sammlung des Reichsrechts. Wie verlautet, werden in nächster Zeit die Bestrebungen der Reichsregierung zur Sichtung und Sammlung des bestehenden Rechts wieder aufgenommen werden. Es handelt sich im wesentlichen darum, festzustellen, was von den rund 8000 Reichsgesetzen heute noch gültig ist. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit dem Abbau des Gesetzesstoffes gewidmet werden.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss ist zu einer Sitzung auf den heutigen Dienstag, den 11. September, nach Berlin einberufen worden. Der Parteiausschuss soll darüber entscheiden, ob die Sozialdemokratische Partei sich an dem kommunistischen Volksbegehren, das sich gegen den Bau von Panzerschiffen richtet, beteiligen soll.

Besuch von deutschen Behördenvertretern in Holland. In Dordrecht trafen ungefähr 50 Vertreter von Staats- und städtischen Behörden des rheinischen Industriegebietes ein, darunter der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, sowie verschiedene Oberbürgermeister, Polizeipräsidenten und Landräte, die auf Anregung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann eine Studientour durch Holland unternahmen.

* Zur aussenpolitischen Lage

Ein Londoner Blatt, die „Westminster Gazette“, fragt in einem Leitartikel Briand, was er aus Locarno gemacht habe, und schreibt dann: Dieser Vertrag ist unterzeichnet worden mit der stillschweigenden Übereinkunft, daß Deutschlands großer Verzicht auf seine Ansprüche auf die Grenzprovinzen eine Anerkennung in der raschen Rheinlandräumung finden würde. Aber Frankreich hat es abgelehnt, diese Übereinkunft einzuhalten und will das Projekt nur erörtern als Frage eines finanziellen Handels über Reparationszahlungen. Die Lage scheint aber noch schlimmer zu sein; denn es scheint jetzt, daß diese Zahlungen für den Bau des großen Festungsgürtels an den Ostgrenzen Frankreichs verwandt werden sollen. Deutschland ist so vollständig entwaffnet, wie es überhaupt für eine Nation, die am Prigo teilgenommen hat, nur möglich ist. Und trotzdem wies gestern Briand auf das deutsche Heer von 100 000 Mann und seine ausgebildeten Reserven hin.

Kein deutsches Blatt könnte die politische Situation, soweit sie sich auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland bezieht, besser charakterisieren, als es hier in einer englischen Zeitung geschieht. So ist es in der Tat, daß Deutschland das große Opfer, das es in Locarno brachte, bisher noch nicht bezahlt bekommen hat. Der Sinn des Locarnopakts und der Sinn unseres Eintritts in den Völkerbund war doch der, daß Frankreich nach Befriedigung aller vernünftigen Sicherheitsforderungen nun auch seinerseits ein Entgegenkommen bezeigen würde. Von geringfügigen Dingen abgesehen, hat man von einem solchen Entgegenkommen bis heute nichts bemerkt.

Immer wieder und wieder hat sich das deutsche Volk verträufen lassen mit dem Hinweis auf die Zukunft, mit der Erklärung, daß gut Ding Weile haben müsse, und daß die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete doch noch erfolgen werde. Darüber sind Jahre vergangen, und demnächst wird der Zeitpunkt da sein, an welchem die zweite Zone des besetzten Gebietes nach Maßgabe des Friedensvertrags ohnehin geräumt werden muß. Es bleibt dann nur noch die dritte Zone übrig, deren Räumung dann nach fünf Jahren zu erfolgen hätte.

Inzwischen hat der französische Wunsch nach Sicherheit noch eine Extraerfüllung gefunden, die so bedeutend ist, daß sie alle andern Garantien übertrifft. Man muß sich doch klar darüber sein, daß der Kellogg-Pakt und seine feierliche Unterzeichnung in Paris Deutschland eine jede Möglichkeit zu einem Revanchekrieg — wenn wir schon einmal hypothetisch von einer solchen Möglichkeit sprechen wollen — raubt und Frankreich gegen alle Eventualitäten sichert, soweit überhaupt menschliche Sicherungen gegeben werden können. Das deutsche Volk und seine Regierung aber hat in derselben Zwischenzeit seine Enttäuschungen verborgen und immer neue Bekenntnisse zu einer ehelich gemeinten Politik der Verständigung abgegeben. Sogar die Deutschnationalen haben, solange sie im Reichskabinett saßen, diese Politik mitgemacht, und vor kurzem ist der deutsche Außenminister, Dr. Stresemann, in eigener Person in Paris erschienen, um den Friedenspakt zu unterzeichnen.

Und was sind die Früchte dieser ganzen Politik? Frankreich hat noch nicht im mindesten zu erkennen gegeben, daß es die besetzten Gebiete vorher zu räumen gedenkt; es versucht vielmehr, die Frage der vorzeitigen Räumung zu einem finanziellen Schachergeschäft herabzuwürdigen, das heißt, es versucht, sich die vorzeitige Räumung noch extra bezahlen zu lassen. Das ist eine Haltung, die sich mit dem Geist wahrer Veröhnung nicht vereinigen läßt, das ist eine Haltung, die so unehrerwürdig ist, daß sie im gesamten deutschen Volke nur Ablehnung und Entrüstung hervorrufen muß.

Und deshalb hat das Reichskabinett einstimmig beschlossen, nun endlich einmal die Räumung als solche zu fordern, sie aber in keiner Weise zum Gegenstand eines finanziellen Schacherstücks zu machen. Dabei würde sich über Gefälligkeiten zweifellos reden lassen. Würde Frankreich nun endlich einmal die Konsequenz aus der jetzigen Lage ziehen und die vorzeitige Räumung fest versprechen, so würde damit zwischen Frankreich und Deutschland eine Atmosphäre geschaffen werden, die ganz von selbst auch auf deutscher Seite die Neigung zu entgegenkommenden Schritten erzeugen müßte, mag dieses Entgegenkommen nun auf diesem oder jenem Gebiete liegen.

886
r
iden
Ohr
lung
N. 659.
eintraa
Müller
rheim.
Wirtschaft.
e Ge
fmann
Kreuz
fmann
rheim.
at am
ommen.
er Ge
Gesell-
schafft.
1928.
ht.
ung.
eines
in
Stein-
nische-
iede-
(Zie-
eiten,
anlage
a ver-
ngun-
isbor-
rungen
stragen
Uhr
Mitt-
ember
borrat
Bau-
iller-
er-
eßen.
schlo-
ender
stiens
item-
Uhr,
uant
ie 9,
auch
ind.
schen.
Sep.

ater
ber
300
ayer
221/
))
Ente.
Wai.
auer
sept.
das
Stu-
m-
der-

Aber, wie gesagt, einstweilen hat die französische Politik noch nichts getan, was darauf hindeuten könnte, daß sie den schönen Locarnoreden auch die vollgültige Locarnotat folgen lassen will.

Die letzte Rede aber, die Briand in Genf gehalten hat, kann zunächst nur so aufgefaßt werden, daß Frankreich nicht nur in der Frage der Rheinlandräumung die deutschen Wünsche ablehnt, sondern daß es überhaupt keinen Wert mehr auf die Politik der Verständigung legt. Allerdings tut ein Teil der Pariser Presse so, als ob diese Schroffheit Briands nur taktisch zu bewerten sei, und daß dem schweren Gewitter ein um so hellerer Sonnenschein folgen werde. Nun, Deutschland hat so lange gewartet, daß es, wenn ein solcher Sonnenschein zu erhoffen ist, gerne noch eine kurze Zeit weiterhin zuwarten wird. Und in Deutschland ist man sicher vernünftig genug, um sich zu sagen, daß üble Reden und gute Taten viel besser und wertvoller sind, als höfliche Reden und mangelhafte Taten.

Einstweilen fehlt uns jedoch der Glaube, daß jene Pariser Blätter mit ihren Vermutungen Recht haben könnten. Wichtig ist, daß Briand selbst sich bemüht hat, den niederdrückenden Eindruck seiner Rede abzuschwächen. Aber im übrigen wird er ja selbst eingesehen haben, daß nunmehr die Periode des Redens abgeschlossen ist, und daß jetzt endlich Tatsachen geschaffen werden müssen, ja oder so.

Die Pfalz verliert den Mut nicht

In einer Besprechung der gegenwärtigen Genfer Verhandlungen beurteilt der „Pfälzische Kurier“ die Annäherungsverfuche der deutschen und der französischen Auffassung hinsichtlich einer vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes recht pessimistisch. Frankreich fordert unerbittlich Bezahlung — Deutschland aber fordert sein Recht, das nicht nur ein moralisches, sondern auch ein juristisches ist. Der Versailler Friedensvertrag selbst zieht die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes für den Fall vor, daß Deutschland seine Verpflichtungen „erfüllt“, — nicht etwa „erfüllt hat“. An der Tatsache aber, daß Deutschland erfüllt, kann kein Zweifel bestehen. Für die Räumung der Rheinlande bedarf es keines Kompromisses. Wenn es nötig, wollen wir lieber den automatischen Ablauf der Räumungsfristen des Versailler Vertrages abwarten.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Mittwoch in München an die Pfalz die mahnenden Worte gerichtet: „Die Pfalz soll den Mut nicht verlieren!“ — Wir Pfälzer geben ihm als Antwort die heilige Versicherung: „Wir Pfälzer verlieren den Mut nicht, und auch nicht die Geduld!“

Vom Magdeburger Katholikentag

Nachdem in der Abendversammlung des Deutschen Katholikentages am Samstag Professor Rehm über die Bedeutung des deutschen Katholizismus für die deutsche Kultur gesprochen hatte, gab der badische Landtagspräsident Dr. Baumgartner einen Überblick über die Geschichte der deutschen Katholikentage. Er führte aus, diese Katholikentage hätten einen vielfachen Zweck gehabt. Sie sollten nach außen hin die Bedeutung des Katholizismus für das gesamte Leben in Deutschland zeigen und die Möglichkeit bieten, sich über alle auf dem religiösen und kirchlichen Gebiete vorliegenden aktuellen großen Zeitfragen auszusprechen. Dann sollten sie aber auch dazu dienen, eventuelle Angriffe der Gegner gegen die katholische Kirche abzuwehren, und schließlich sollten sie die Liebe und Treue des katholischen Volkes zur Kirche und Vaterland pflegen und zu machtvoller Ausdruck bringen.

In der Vertreterversammlung am Samstag kam besondere Bedeutung dem Bericht des politischen Ausschusses zu, der von den Abgeordneten Brüning und Zoos, München-Glabach, geleitet war. In diesem Bericht, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, wird u. a. der Wunsch formuliert, es möchte auch fernerhin bei derartigen Tagungen Gelegenheit zu gemeinsamer gedanklicher Arbeit und Aussprache gegeben werden. Die Wirkung — heißt es weiter — solch vertrauensvoller Aussprache müßte sein, daß die Kritik an Politikern, soweit sie aus katholischen Verantwortungsgefühl handeln, nicht mehr Formen annimmt, die den Willen und die Freude an der gemeinsamen Aufgabe trüben und gefährden könnten. Weiterhin wird empfohlen, die Tagung in einem Aufsatze an die deutschen Katholiken zu verstärkter Mitarbeit im öffentlichen Leben auszulassen zu lassen, der sicher in den Kreisen der jungen Generation gehört und befolgt werde. „Die deutschen Katholiken müssen“ — heißt es dann — „getreu ihrer Überlieferung und bisherigen Haltung am deutschen Staat der Gegenwart, insbesondere an der Wiedererlangung der vollen nationalen Freiheit, unter Einfluß aller verfügbaren Kräfte mitarbeiten.“

Im Schlußteil der Entschließung heißt es: Angesichts der schweren sittlichen Zerfahrenheitungen, dem Überhandnehmen ökonomischer Großmachtbildungen, soziologischer Spannungen und radikaler Bewegungen, die die Zeitlage in allen Ländern kennzeichnen, erscheint es dem Ausschusse als unabwendbare Aufgabe der Katholiken, die Idee des Staates und der Nation als sittliche Gemeinschaft nachdrücklich und überall herauszustellen.

Der Vertretertag des Deutschen Katholikentages, der in der Zeit vom 5. bis 9. September in Magdeburg stattfand, hat beschlossen, auf Einladung der Stadt Essen und des Essener Katholikentages den Großdeutschen Katholikentag 1932 in Essen abzuhalten.

Die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft. In der Presse sind in letzter Zeit wiederholt Mitteilungen über die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft verbreitet worden. Die angegebenen Zahlen beruhen — wie dazu in Berlin erklärt wird — auf völlig willkürliche Berechnungen, und sind, wie Einzelerechnungen ergeben haben, bei weitem zu hoch. Die genaue Höhe der durch die Wohnungszwangswirtschaft entstehenden Kosten steht nicht fest. In Pressemeldungen ist weiter mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung die Aufhebung des Mieterschutzes beabsichtige. Eine solche Absicht besteht nicht.

Die Konsumvereine fordern ein Zugabeverbot. Der 19. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. zu Köln hat einstimmig am Montag eine Entschließung angenommen, in der das Zugabewesen als Vorkauf eines günstigen Warenangebotes und damit eine Unlauterkeit in der Bedarfsdeckung der breiten Schichten geachtet wird und unter Hinweis darauf, daß es eine Bedrohung des ehrlichen Handels und eine Schädigung der gesamten Verbraucherschaft darstellt, gesetzgeberische Maßnahmen dagegen gefordert werden.

Briand gegen den Reichskanzler

Ein Zwischenfall in Genf

In der Völkerbundsversammlung ergriß am Montag der französische Außenminister Briand das Wort, wobei er gegen den deutschen Reichskanzler Hermann Müller polemisierte. Seine Rede enthielt ironische Bemerkungen gegen den Reichskanzler und seine Partei und auch Schärfe. Nach privaten Meldungen trat dieser Charakter der Rede noch deutlicher hervor, als in der Wiedergabe des WTB, der wir den nachstehenden Auszug entnehmen.

Briand gab zunächst ein sehr persönliches Bekenntnis zum Völkerbund ab, der einzigen Zufluchtsstätte gegen den Krieg. Jede Verringerung des Vertrauens in den Völkerbund sei ein Wert, das gegen den Frieden gerichtet sei. Ohne den Völkerbund würde sich der französische Außenminister mit den deutschen Regierungsvertretern nicht regelmäßig treffen, ohne ihn keinen Locarnopakt und keinen Pakt von Paris. Briand wandte sich dann unter deutlichen Anspielungen auf das Rheinlandproblem, das er jedoch nicht nannte, direkt an den deutschen Reichskanzler, um auszuführen, daß die in gewissen Ländern vorhandene Ungebuld durchaus verständlich sei. Hier in Genf sei aber nicht die Internationale einer Partei, sondern die Internationale der Nationen und Völker an der Arbeit. Eine Gesellschaft von 50 Nationen sei naturgemäß gezwungen, langsam und vorsichtig vorwärts zu gehen, um einen tödlichen Sturz zu vermeiden. Wenn man ihm den Vorwurf gemacht habe, daß er rascher mit den Worten als mit den Taten sei, und wenn auch der Reichskanzler eine solche Wendung in seiner Rede gebraucht habe, so glaube er, diesen Vorwurf nicht verdient zu haben. Locarnopolitik und Kellogg-Pakt seien keine Worte, sondern Taten. Es sei nicht richtig, daß die Rüstungen gegenüber früher erhöht worden. Mit einer deutlichen Anspielung auf Sowjetrußland sagte Briand, nur ein einziges Land in Europa weise einen gewaltigen Zuwachs an Rüstungs- und Menschenmaterial auf. Wenn der Reichskanzler sagte, daß Deutschland die Abrüstung vollzogen habe und frage, warum unter diesen Umständen die anderen und namentlich Frankreich nicht auch abrüsten, so müßte er fragen, daß der jetzige Zustand erst seit zwei Jahren bestehe und vorher die Dinge wesentlich anders gelegen haben. Wenn früher die Abrüstungsarbeiten gehemmt waren, so nur deshalb, weil gewisse Staaten nicht die Eile gezeigt haben, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen notwendig gewesen wäre. Es gibt kein Volk, das völlig abgerüstet ist. Auch von Deutschland, mit einer so vorzüglichen Gabelle als Heer, mit einer so prächtigen Menschenreserve, mit einer solchen Aktions- und Organisationsfähigkeit, kann man nicht sagen, daß es vollkommen abgerüstet sei. Ein so machtvolles Land, mit einer solchen Industrie, mit solchen Möglichkeiten, mit dem erfindenden Geist einer Masse, die fähig war, durch sein konstruktives Genie bereits heute wieder eine Handelsmarine zu haben, die zu den ersten der Welt zählt, kann schnell wieder ihren Erfindergeist für Rüstungszwecke umstellen.

Der Friedenswille ist eine zarte Blüte, die entsprechend gepflegt werden muß, damit sie nicht welkt. Für den Beweis des guten Willens führt Briand das englisch-französische Flottenkompromiß an. Wir haben kein Glück damit gehabt; denn sofort ist man mit Mißtrauen und Verdächtigungen umgeben worden. Wie der Reichskanzler, so wolle jeder die Abrüstung im Sinne des Artikels 8 des Paktes. Was in diesem Artikel geschrieben sei, müsse durchgeführt werden, d. h. die Länder müssen ihre Abrüstung in Übereinstimmung mit ihrer Sicherheit realisieren. Bereits jetzt sei ein großer Teil der Befürchtungen behoben, denn das Rüstungswettrennen sei endlich eingestellt. Briand erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Arbeit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, dessen Festsatz er unter dem Beifall der Versammlung bedauerte.

Schließlich ging Briand dann auf das Münchener Problem ein, um zu erklären, daß der Völkerbund diese heikle Frage bestimmt nicht in den Hintergrund treten lassen werde. Auf keinen Fall dürfe dieses heikle Problem zu Erschütterungen der Regierungen führen und die Arbeiten des Völkerbundes bedrohen. Es dürfe sich auch nicht zu einem neuen Faktor der Unsicherheit auswachsen.

Die Abrüstung, so schloß Briand, muß geregelt werden, und was im gegenwärtigen Augenblick zu regeln ist, kann und muß geschehen. Heute haben die Völker die Rüstungskosten bereits nicht mehr zu fürchten; aber die Atmosphäre der Sicherheit und des Friedens darf, wenn auf diesem Wege weitere Fortschritte gemacht werden sollen, nicht durch irgendwelche unbedachten propagandistischen Aktionen gestört werden.

Die Rede Briands fand sehr lebhaften Beifall. Zahlreiche Delegierten beglückwünschten den französischen Außenminister. Bei der deutschen Delegation rührte sich nach dieser Rede verständlicherweise keine Hand. Auch bei verschiedenen anderen Delegationen, besonders bei denen der nördlichen Länder, war kaum das Zeichen eines Beifalls zu entdecken.

Dr. Breitscheid bei Briand

WTB. Berlin, 11. Sept. (Tel.) Wie aus Genf bekannt wird, stattete das deutsche Delegationsmitglied Dr. Breitscheid heute vormittag dem französischen Außenminister einen Besuch ab. Über das Ergebnis dieser Besprechung verlautet noch nichts; es ist aber wohl anzunehmen, daß sie den Fragen gilt, die seit gestern besonders akut geworden sind.

Die Deutschnationalen zur Genfer Rede Briands

WTB. Berlin, 11. Sept. (Tel.) Wie die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, hat sich die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei mit den amtlichen Stellen in Verbindung gesetzt, um festzustellen, welche für die deutsche Würde und für die deutschen Interessen unerlässlichen Folgerungen die deutsche Politik aus der Genfer Rede Briands zu ziehen gedenke.

Die Wahlen für den Völkerbundsrat

Die Völkerbundsversammlung vollzog Montag nachmittag in geheimer Abstimmung die Wahl in den Rat. An Stelle Chinas, Kolumbiens und Hollands, deren Mandate am letzten Samstag erloschen sind, sind Spanien mit 46 Stimmen, Brasilien mit 40 und Venezuela mit 35 Stimmen als neue unabhängige Ratsmitglieder mit dreijährigem Mandat gewählt worden. Von den übrigen Kandidaten, die Stimmen erhielten, konnte Norwegen die meisten, nämlich 11, auf sich vereinigen. Sämtliche 50 Delegationen haben an der Wahlhandlung teilgenommen.

Die Grünlandflieger mit einem Motorboot verunglückt

WTB. Kopenhagen, 11. Sept. (Tel.) Nach einem Telegramm des Landvoigts in Südrönland ist am 6. d. Mts. ein Motorboot, 4 Meilen von der Mündung des Simintal-Fjords auf ein Riff gelaufen und gesunken. An Bord befanden sich Professor Hobbs mit mehreren Begleitern, darunter die Grünlandflieger Gaffel und Cramer, die das Boot gemietet hatten. Alle konnten sich an Land retten.

Aldeutsche gegen Hindenburg

In Plauen im Vogtland begann am Samstag die Tagung des Aldeutschen Verbandes. Der Verbandsvorsitzende, Justizrat Glah, erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß der Kampf, den der Verband „pflichtgemäß“ gegen den heutigen Staat und seine Leiter führe, gegen den Willen der Aldeutschen und zu ihrem Bedauern sich auch gegen das Reichsoberhaupt richten müsse. Der Reichspräsident v. Hindenburg habe die Aufgabe nicht erfüllt, die ihm als nicht-marxistischem Staatsoberhaupt gestellt gewesen sei, die Aufgabe, Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu betreiben. Er habe die ganze ungeliebte Außenpolitik des Herrn Stresemann hingenommen und zuletzt das heutige Kabinett des Reichskanzlers Hermann Müller berufen, obwohl ihm die Verfassung das Recht gebe, einen Mann seines Vertrauens mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Die Angriffe auf den Reichspräsidenten erfahren in den Berliner Blättern härteste Beurteilung. In der rechtsstehenden „Vorzeitung“ heißt es: Auch die Aldeutschen können von einem Manne wie Hindenburg nicht verlangen, daß er die Grenzen der von ihm beschworenen Verfassung überschreite und Herrn Glah zuliebe zum Putschisten wird. Die „Germania“ sagt: Weil der Reichspräsident unaufrichtiger und hochverräterischer Bestrebungen eine klare Abfrage erteilt, muß er jetzt beschimpft werden. Die „Voss. Ztg.“ erklärt, daß dem Reichspräsidenten kein schöneres Zeugnis ausgestellt werden könne als dieses des Justizrats Glah; denn es beweise, daß er sich über die Absichten seiner Wahlmacher weit hinausgehoben hat als wahres Oberhaupt der gesamten Nation.

Reichsbahn und Alkohol

Auf Grund von Besprechungen mit dem Hauptbeamtenrat und dem Hauptbetriebsrat hat die Reichsbahnverwaltung einen Erlass herausgegeben, in dem es u. a. heißt: Das Reichsbahnpersonal muß von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß die völlige Enthaltensamkeit von geistigen Getränken im Dienste an Bedeutung gewinnt, je mehr die Reichsbahn dazu übergeht, die Betriebsleistungen, insbesondere die Jugengeschwindigkeit, zu erhöhen. Die Aufsichtsräte über die Nachteile des Genusses geistiger Getränke ist nachdrücklich zu fördern. Demnach soll ein ausgemusterter D-Zugwagen für die Mäßigkeitsbewegung mit reichhaltigem Material ausgestattet werden. Es ist erwünscht, daß dem Personal mehr als jezt Gelegenheit zum Genuß von Milch gegeben wird. Es ist zu prüfen, ob in den Kantinen der Ausschank geistiger Getränke nicht besser ganz zu unterlassen ist.

Die Kriegsanleiheziehungen

Nach einer Meldung aus Mülheim (Ruhr) haben bei verschiedenen westdeutschen Bankunternehmungen im Auftrag der Berliner Staatsanleiheziehung Erhebungen über die Kriegsanleiheeffäre stattgefunden, ebenso Erhebungen bei Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Industrie. Über das Ergebnis ist bisher nichts bekannt geworden.

Die Angelegenheit hat sich nun auch auf Wien ausgedehnt. Dort wurde ein Kaufmann verhaftet, der kein Österreicher ist, und voraussichtlich nach Berlin ausgeliefert wird. Er hatte den Auftrag, in den Balkanländern, besonders in Rumänien, Stücke deutscher Kriegsanleihe zu erwerben und nach Berlin zu bringen. Er selbst dürfte keine Fälschungen vorgenommen haben, und es ist anzunehmen, daß er in der großen Fälschungssache nur untergeordnete Dienste geleistet hat.

Seine Reise Kainlews zu den Mandern im besetzten Gebiet. Das französische Kriegsministerium dementiert die Meldungen, daß Kriegsminister Kainlew sich zu den Mandern ins besetzte Gebiet begeben werde. Seine Reise beschränkte sich ausschließlich auf die Inspektion der Grenze zwischen Ruß und Straßburg.

Besserung des Gesundheitszustandes Chamberlains. Nach einem in Bermuda aufgefangenen Funkpruch vom Dampfer „Orcoma“ hat sich der Gesundheitszustand des Staatssekretärs Chamberlain infolge der Seereise erheblich gebessert. Chamberlain unternimmt bereits Spaziergänge an Deck.

Verschiedenes

Die heutige letzte Ziehung der Klassenlotterie

pr. Berlin, 11. Sept. (Tel.) In der heutigen letzten Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde als erstes Los die Nummer 146 500 mit einem Gewinn von 1000 Reichsmark gezogen, auf welches bestimmungsgemäß die Prämie in Höhe von 500 000 Reichsmark entfällt. Das Gewinnlos wurde in Aktien teils in Altona, teils in Breslau gespielt. Kurz darauf wurde auch der zweite Hauptgewinn von 300 000 Reichsmark gezogen, und zwar auf die Nummer 280 387, die in Aktien in Heilbronn und in der zweiten Abteilung in Bielefeld in Mannheim gespielt wird.

Eisenbahnkatastrophe in der Tschechoslowakei

Montag nachmittag ereignete sich auf der Station Saib bei Lundenburg (Mähren) auf der Strecke Prag—Brünn—Budapest ein folgenschweres Eisenbahnunglück. Der Schnellzug 16 Prag—Budapest fuhr auf einen Güterzug auf. Durch den Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven umgeworfen, ferner drei Personenzüge gänzlich zertrümmert. Die Zahl der Todesopfer beträgt bisher 23. Außerdem gab es zahlreiche Schwerverletzte. Im zweiten Wagen war der rumänische Landwirtschaftsminister Averescu, der aber dadurch von der Katastrophe verschont blieb, daß er sich einige Minuten vorher in den Speisewagen begeben hatte. Unter den Toten und Verletzten befinden sich auch Reichsdeutsche. Das Unglück wurde durch unrichtige Stellung der Einfahrtsweiche verursacht.

WTB. Brünn, 11. Sept. (Tel.) Zu dem Eisenbahnunglück auf der Station Saib wird noch gemeldet: Bei dem Zusammenstoß wurden im ganzen 20 Personen getötet, davon drei Frauen und 14 Männer, außerdem starb ein Mann im Lundenburger Krankenhaus; zwei weitere Personen starben im Brünnener Krankenhaus. Bisher wurden die Namen von 10 Personen festgestellt. Schwer verletzt wurden 18 Personen, leicht verletzt 50 Personen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Ein am nördlichen Alpenrande entlang wanderndes Teillied brachte uns gestern zeitweilige Bewölkung und in den südlichen Landesteilen auch strichweise Regen. Auch heute morgen liegt besonders über dem Süden noch Bewölkung, da südlich der Alpen eine neue Störung vorüberzieht; in den schweizerischen und bayerischen Alpenvorländern regnet es. Da hoher Druck sich von Frankreich her erneut über das Festland ausbreitet, wird es bei uns voraussichtlich noch heute allgemein aufheitern. Wetterausblick für Mittwoch: Feiter, trocken, wärmer.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Schluchseewerk

Wie vor einiger Zeit berichtet wurde, ist die Verleihung des Wassernutzungsrechtes für die Oberstufe des Schluchseewerks dem Badenwert durch den Bezirksrat Neustadt erteilt worden. Das Badenwert beabsichtigt, die Rechte aus der Verleihung gegen Ersatz seiner Auslagen in Höhe von rund 3 Millionen Reichsmark an eine neu zu gründende Aktiengesellschaft, an der das Badenwert beteiligt ist, abzutreten. Auch die Verhandlungen über die Gründung dieser „Schluchseewerk-Aktiengesellschaft“ sind soweit gediehen, daß sie alsbald vollzogen und der Bau noch in diesem Jahre aufgenommen werden kann.

Abg. Egler (Str.) erstattete am Montag im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags einen ausführlichen Bericht über die Vorlage. Er freute sich dabei u. a. auch über die Natur- und geschichtliche Bedeutung des Schluchseewerks und die Interessen der Anliegergemeinden und ihrer Bewohner. Der Berichterstatter machte den Vorschlag, von der Regierungsdienststelle Kenntnis zu nehmen und den in ihr enthaltenen Richtlinien die Zustimmung zu erteilen.

Finanzminister Dr. Schmitt gab noch einmal einen Überblick über die für den Ausbau des Schluchseewerks entscheidenden Gesichtspunkte. Er berichtete dabei u. a. auch über die Beteiligungsvorhandlungen mit der Reichseisenbahngesellschaft, die leider ohne endgültigen Erfolg geblieben sind. Die Rentabilität des Unternehmens müsse als gesichert gelten. Es seien zahlreiche Gründe dafür vorhanden, die in der Natur liegende Kräfte für unsere Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Diese Vorlage sei eine der wichtigsten, die den Badischen Landtag je beschäftigt haben.

Verurteilung wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Dr. Klemme

Dr. Freiburg i. Br., 11. Sept. (Tel.) Der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Der Markgräfler“, Fritz Heinz Auer, einer von dem Dichter Hermann Erich Ruffe mit herausgegebenen Halbmonatsschrift, hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Freiburg wegen Beleidigung des Staatspräsidenten zu verantworten. Er hatte im „Markgräfler“ während des Wahlkampfes im April einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Kandidatur von Dr. Klemme befaßte und folgenden beleidigenden Satz enthielt: „Der Markgräfler ist der Meinung, daß die Führer der Sozialisten ins Justizhaus, ihre Anhänger ins Narrenhaus und beamtete Herren, die den Landesverratsposten gratulierten, ins Irrenhaus gebracht werden.“ Staatspräsident Dr. Klemme hatte bei dieser Verurteilung als Beauftragter der Gemeinde und Bouillon gratuliert. Auer bestritt, mit der angelegenen Äußerung den Staatspräsidenten gemeint zu haben, und bot eine entsprechende Erklärung an. Im Hauptverfahren beantragte die Staatsanwaltschaft Vörschlag 800 Reichsmark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Auer zu 200 Reichsmark Geldstrafe, ebl. zu 20 Tagen Gefängnis. Dem Staatspräsidenten wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Verurteilten im „Markgräfler“ binnen vier Wochen nach Rechtskraft zu veröffentlichen. Eine Beleidigung, die vom Angeklagten bestritten wurde, sah das Gericht in dem Ausdruck „Irrenhaus“. Daß dieser beleidigende Ausdruck auch auf den Staatspräsidenten zutraf, ergab sich aus der Tatsache, daß Staatspräsident Dr. Klemme in amtlicher Eigenschaft den beiden Sozialisten gratulierte.

70. Geburtstag von Prof. Dr. Eidinger

Dr. Mannheim, 11. Sept. Am 21. September begeht in körperlicher und geistiger Frische der bekannte Erzieher Stadtschulrat Prof. Dr. Eidinger seinen 70. Geburtstag. Er ist einer der führenden Männer im deutschen Schulwesen. In unermüdlicher Arbeit trat er für die Förderung der Leibesübungen ein; er war ein Vorkämpfer der Einführung der Jugendspiele, der Spielmittagspause, des Wanderns und Schwimmens der Schulkinder. In zahlreichen Schriften hat er den Zusammenhang zwischen Schulleben und Erziehung behandelt. Von ihm stammt der Satz: „Die tägliche Turnstunde wird kommen, denn wir brauchen, um Deutschlands Schicksal aus eigener Kraft zu meistern, vorab eine gesunde, wirklich geübte, lebensfrische Jugend.“ Dr. Eidinger gehört dem Turnverein Mannheim von 1846 seit 1899 an.

Der Stand der Reben

Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes wird die Durchschnittsziffer für die deutschen Weinbaugebiete Anfang September 1928 mit 2,7 errechnet gegen 2,8 Anfang August, und 3,2 Anfang Juli. Um die gleiche Zeit des Jahres 1927 (Anfang September) war die Durchschnittsziffer 3,0, im September 1926 war sie 3,7. Es bestätigt sich also auch in diesen Zahlen die schon von verschiedenen Seiten ausgesprochene Tatsache, daß die Entwicklung der Reben eine durchaus günstige ist.

Baden und Württemberg stehen mit je 2,4 als Durchschnittsziffer an der Spitze der deutschen Weinbaugebiete. Dann folgt Bayern mit 2,5, Hessen mit 2,6, während Preußen sich diesmal mit 3,2 begnügen muß, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß ein großer Teil der preußischen Weinbaugebiete sehr schwer unter den Raifrosten zu leiden gehabt hat. Günstig liegen aber trotzdem dort immer noch die Verhältnisse für das Rheingebiet mit 2,8 und für das große Mosel-, Saar- und Aargaugebiet mit 3,1. Alles andere aber schwandt zwischen 3,7 und 4,0. In Baden ist es der Kreis Karlsruhe, der mit 2,0 am besten abschnidet; dann folgen Freiburg mit 2,4, Mannheim mit 3,0 und Konstanz mit 3,2. In Württemberg bringt wohl der Schwarzwaldkreis die besten Aussichten, hat er doch die Rekordziffer von 1,8 erhalten.

In den allgemeinen Bemerkungen sagt auch das Statistische Reichsamte von Baden, daß die Herbstausichten fast ausnahmslos sehr günstig sind, der Wegang sei überall ein guter. Den guten Ziffern aus Württemberg entsprechen auch die guten allgemeinen Bemerkungen für dieses Gebiet, wobei noch besonders hervorgehoben wird, daß der Weinstand frei von Krankheiten ist. In Bayern erwartet man bei weiterer entsprechender Witterung eine gute Qualität.

Preussisch-Badisches Kindergärtnerinnen-Abkommen

Wie der preussische Kultusminister mitteilt, ist mit dem Badischen Kultusministerium ein Abkommen wegen gegenseitiger Anerkennung der Befähigungszugnisse für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen getroffen worden. Dieses Abkommen erstreckt sich auf die Zeugnisse, die in Baden auf Grund der Prüfungsordnung für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen vom 28. April 1928 und die in Preußen an staatlich anerkannten Kindergärtnerinnen- und Jugendleiterinnenseminaren oder an Lehrgängen bei Frauenschulen erworben worden sind.

Abgeordneter Dr. Föhr und Panzerkreuzer

Auf einer Bezirkskonferenz der Zentrumspartei in Säckingen äußerte sich Abgeordneter Dr. Föhr zur Panzerkreuzerfrage. Er wies, wie der „Bad. Beobachter“ berichtet, darauf hin, daß die Berliner Presse das Bedürfnis gehabt habe, aus der Darlegung seiner persönlichen Auffassung in der badischen Zentrumspresse eine Sensation zu machen. Man habe nicht den Gesamtartikel zum Abdruck gebracht, sonst würde man ohne weiteres ersehen haben, daß der Sinn der Darlegung ein ganz anderer war, als das, was daraus gemacht wurde.

Dr. Föhr habe sich mit Bewußtsein und absichtlich nicht geäußert zu den Möglichkeiten, die heute, nach der Zustimmung der Regierung zur Inangriffnahme des Panzerkreuzers, bestehen. Dazu sei er auch gar nicht in der Lage gewesen, da jetzt eine ganz andere Sachlage geschaffen sei. Der entscheidende Satz sei der gewesen: Er glaube, daß, wenn die Reichsregierung selbst den Vorschlag gemacht hätte, den Panzerkreuzerbau nicht auszuführen, nicht nur eine große Minderheit, sondern die gesamte Fraktion sich damit einverstanden erklärt hätte, das heißt, deswegen das Deutsche Volkspartei. Jetzt sei die Sachlage eine andere, nachdem die von Reichsminister Müller geführte Regierung sich für den Panzerkreuzerbau ausgesprochen habe, der Bau bereits in Angriff genommen sei, und selbst die Demokraten erklärten hätten, daß es ein Schicksalsgeschick wäre, den begonnenen Panzerkreuzer nicht fertig zu bauen.

Verbandsrat Badischer Krankenkassen

Rund 200 Teilnehmer hatten sich zum diesjährigen Verbandsrat der badischen Krankenkassen in St. Blasien eingefunden, der im Kurjaal des Klostershofes stattfand. Geschäftsführer Falk erstattete den Kasien- und Geschäftsbericht und behandelte in großen Zügen aktuelle Fragen. Es wurde über ausführliche Maßnahmen, um unnötige Inanspruchnahme der Kasienmittel zu verhindern, beraten. Das Referat löste eine eingehende Diskussion aus. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Vorstandes: Erster Verbandsvorsitzender Zieglermaier, Konstanz, zweiter Vorsitzender Bürgermeister Meyer, Breisach, Geschäftsführer Kasienverwalter Falk, Offenburg. Neu hinzuge wählt wurden Stabsrat Schwarz, Mosbach, und Metallarbeiter Schmalz, Furtwangen. Darauf hielt Kasienverwalter Corronini, Überlingen, ein Referat über die Durchführung wirksamer Krankenkassenkontrolle. Der neuernannte Verbandsrevisor Gehring verbreitete sich über die Durchführung der Kasien- und Geschäftsführung. Als nächster Tagungsort wurde Radolfzell gewählt. Als Satzungsänderung wurde festgesetzt, daß die Mitgliederversammlung in Zukunft alle zwei Jahre stattfinden soll.

Tagung des Badischen Sängerbundes

Der Badische Sängerbund hielt am Sonntag in Baden-Baden seine Mitgliederversammlung ab. Über 400 stimmberedigte Vertreter aus allen Gauen waren erschienen.

Im Kurgartenjaal wurde die Tagung vom Gauobmann Dr. Neiger, Freiburg, eröffnet. Stadtrat Jaber übermittelte die Willkommensgrüße der Stadtverwaltung. Dann gedachte man des verstorbenen Großherzogs und der dem Sängerbund durch den Tod entzogenen Mitglieder. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund aus 1136 Vereinen mit 48 829 Sängern besteht. Der Jahresbeitrag wurde von 0,90 auf 1,30 Reichsmark erhöht. Zum Hauptgegenstand der Verhandlung gehörte die in Aussicht genommene Abhaltung des Badischen Sängerbundesfestes. Bis heute haben 94 Vereine mit 6500 Sängern ihre Beteiligung zugesagt. Es wurde beschlossen, das Fest im Jahre 1929 in Freiburg an den Pfingstfeiertagen stattfinden zu lassen. Es ist bestimmt zu erwarten, daß über 20 000 Sänger teilnehmen. Die Stadt Freiburg hat sich verpflichtet, für das Sängerbundesfest eine Zelthalle zu errichten, bei der gute atonische Wirkung gewährleistet wird. Die Halle wird 112 Meter lang, 66 Meter breit und fast 17 Meter hoch sein, und ein Kodium enthalten, das die Unterbringung von 6-7000 Sängern ermöglicht. Um allen Schichten der Bevölkerung Badens den Besuch des Festes zu ermöglichen, wird die Reichsbahndirektion Karlsruhe die Genehmigung zur Benutzung von Sonntagsfahrkarten nach Freiburg für alle Stationen erteilen. — Als nächster Tagungsort wurde Willingen bestimmt.

Am Nachmittag formierten sich die Abordnungen der verschiedenen Gauen zu einem Festzug, der sich dann mit klingendem Spiel und hundertem von Fahnen durch die Stadt bewegte. — Der Tagung war am Samstagabend in der Stadthalle ein Festbankett unter Mitwirkung der hiesigen Männergesangsvereine vorausgegangen.

Tagungen

Gustav-Adolf-Verein. Die für die Zeit vom 17. bis 21. September in Freiburg stattfindende diesjährige Hauptversammlung des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung, der bekannten Organisation der deutschen evangelischen Diasporapflege im In- und Ausland, wird auch zu beschließen haben, über die Zuteilung der Liebesgaben. Für dieses Jahr sind vorgeschlagen die evangelischen Gemeinden in Altmarkt (Ostpreußen), Prastovac (Jugoslawien) und Radlarsburg (Steiermark); die Liebesgaben sollen für Kirchenbauten Verwendung finden. Am Schlußtag begeben sich die Kongreßteilnehmer im Sonderzug nach Basel, wo sie im Münster von dem Präsidenten des Basler Kirchenrats begrüßt werden.

Die diesjährige Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (D. L. G.) findet in der Zeit vom 11. bis 17. Oktober in Heidelberg statt. Es werden etwa 70 Sonderausstellungen zur Beratung zusammengetreten und etwa 20 öffentliche Veranstaltungen abgehalten.

Konferenz der Arbeitsnachweis- und Behördenangestellten. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) hält am Sonntag, den 16. September, in Baden-Baden in der Kurpark-Sängerkasse vormittags 10 Uhr die 2. Konferenz der Arbeitsnachweis- und Behördenangestellten im Gau Baden-Pfalz-Saar ab. Neben der Erstattung des Geschäftsberichts und Neuwahl des Gauaufsichtsrates stehen im Mittelpunkt der Tagung die Referate: „Die Rechte der Angestellten bei den Arbeitsämtern“, Reichsaufsichtsratsleiter Jessen, Berlin, und „Lebensfragen der Behördenangestellten“, Geschäftsführer Kempf, Karlsruhe. An dieser Tagung können alle Arbeitsnachweis- und Behördenangestellten teilnehmen.

Tagung der Schriftdeuter in Heidelberg

Am Freitag wurde in Heidelberg die Haupttagung des Deutschen Bundes der gerichtlichen Schriftsachverständigen und Berufsgraphologen durch den Bundesvorsitzenden, Kriminalrat Dr. Schneider, Berlin, eröffnet. Er begrüßte Gäste und Behördenvertreter, unter denen sich Landgerichtsdirektor Dr. Weindel für das Justizministerium, Prof. Groß für die Universität Heidelberg, Erster Staatsanwalt Dr. Luppold für die Generalstaatsanwaltschaft, für das Institut für gerichtliche Medizin Prof. Schwarzbach und für den Deutschen Industrie- und Handelstag Dr. Lefers, befanden. Eine große Zahl Begrüßungsgramme waren eingetroffen. Es wurde eine Reihe hochinteressanter Referate gehalten.

Aus der badischen Industrie

Die Firma Manufaktur Köhlin, Baumgartner & Co. in Lörrach beging am Samstag im feierlich geschmückten Werkjaal ihr 175jähriges Bestehen im Kreise einer großen Zahl geladener Gäste sowie der gesamten Angestellten und Arbeiter. Ein besonderes Gepräge erhielt der Akt durch die Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten Dr. Klemme. Direktor Schwarz hob nach Begrüßung der Festversammlung und nach Verlesung der Gründungsurkunde vom Jahre 1753 die Verdienste der Gründer des Unternehmens hervor und erwähnte, daß die Firma aus Anlaß des Jubiläums beschlossen habe, den Montag als bezahlten Ferientag arbeitsfrei zu lassen. Den mehr als 10 Jahre im Betrieb befindlichen Arbeitern sowie den Rentnern wird eine Ehrengabe in Höhe von insgesamt 9000 M bezahlt. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende, Herrschel, Paris, betonte die Beziehungen zwischen der elsfassischen und der badischen Textilindustrie. Hierauf wurden die Beschlüsse des Aufsichtsrates bekanntgegeben. Danach werden für eine neue Pensionskasse 100 000 M gestiftet, ferner 40 000 M zur Verteilung an die Angestellten, Arbeiter und Rentner, und weitere 57 000 M zur völligen Aufwertung der Sparguthaben. — Darauf übermittelte Staatspräsident Dr. Klemme die Glückwünsche der badischen Regierung.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Redargemünd fielen von 58 Stimmen 35 Stimmen auf Verwaltungsdirektor Dipl.-Kaufmann Müßig in Eberbach, der somit gewählt ist. — In Reisch (Amt Schwesingen) ist auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl erfolglos geblieben. Der dritte und letzte Wahlgang findet am kommenden Samstag statt. — In Zell-Weierbach wurde mit 850 Stimmen, also mit seltener Einstimmigkeit, Bürgermeister Schmidt wiederum für neun Jahre zum Bürgermeister gewählt.

Wohnungsbau in Mannheim. Im August wurden in Mannheim zum Teil durch Neubauten, zum Teil durch Umbauten 134 Wohnungen neu geschaffen; darunter sind 103 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern und 31 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern. Die Zahl der neuen Wohngebäude belief sich auf 24, davon 6 Kleinhäuser mit 1 bis 2 Wohnungen und höchstens vier Wohnungen.

Schnellbahn Mannheim-Heidelberg. Der Bau der Schnellbahn der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft steht unmittelbar bevor. Das Gelände, soweit es in der Wieblingen Gemarkung von der OEG direkt erworben ist, ist bereits erworben; soweit es die Stadtgemeinde für die OEG, ankauf, sind bereits Kaufverhandlungen im Gange, die voraussichtlich bald zum Abschluß kommen werden.

Begehrter Bürgermeistersposten. Nachdem am 12. September die Amtszeit des derzeitigen Bürgermeisters in Rammental abläuft, wurde die Stelle zur Bewerbung ausgeschrieben. Es haben sich 28 Bewerber gemeldet, von denen zwei als Kandidat sind.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden hatte sich in seiner letzten Sitzung mit drei Projekten zu befassen, zunächst mit dem Ankauf eines Grundstücks zwecks Errichtung einer neuen Schule. Der Kostenaufwand beträgt hierfür 135 000 M. Weiter werden 59 000 M angefordert für die Errichtung und Verbesserung von Sportanlagen und 50 000 M für den Neubau der Osbrücke an der Jagdhausstraße. Die beiden letzten Projekte wurden einstimmig angenommen. Gegen den Grundstücksankauf polemisierte und stimmte die Deutsche Volkspartei, weil dieses Grundstück in der Nähe des Holland-Sotel liege und der Schullärm für dieses nachteilig sei. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß in dem zu errichtenden Gebäude ja gar nicht unbedingt eine Schule eingerichtet werden müsse, eine ganze Reihe von Behörden sucht nach Räumlichkeiten, weil die zur Verfügung stehenden nicht mehr ausreichen würden.

Der Bürgerausschuß Lichtenau (Amt Rehl) genehmigte mit 25 gegen 7 Stimmen den Voranschlag für 1928/29, der einen Umlagefuß von 70 Pf gegenüber 60 Pf im vorhergehenden Jahr und 45 Pf im vorhergehenden Jahr vorsieht.

Der Bürgerausschuß Triberg hat den Gemeindehaushalt für 1928/29 einstimmig angenommen. In der allgemeinen Aussprache verwies Bürgermeister Keil besonders auf die umfangreiche Förderung des Wohnungsbauens in Triberg. Mit den vom Staat überwiesenen Geldern seien etwa 500 000 Reichsmark hierfür aufgewendet worden, während der Wohnungsbauverband weitere 250 000 M zur Verfügung gestellt habe. Auch für den Straßenbau seien beträchtliche Aufwendungen gemacht worden. Außerhalb der Voranschlagsberatung bewilligte der Bürgerausschuß einen Kredit zur Erweiterung der Wasserleitung.

Der Bürgerausschuß Gottmadingen genehmigte den Voranschlag für 1928/29, der bei etwa 296 900 M Ausgaben und 272 500 M Einnahmen mit einem ungedeckten Aufwand von etwa 24 400 M abschließt. Die Umlagen bleiben die gleichen wie im vorhergehenden Jahre.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 11. Sept. | | 10. Sept. | |
|-----------------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.06 | 168.40 | 168.09 | 168.43 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 111.85 | 112.07 | 111.84 | 112.06 |
| Italien . . . 100 L. | 21.935 | 21.975 | 21.935 | 21.975 |
| London . . . 1 Pf. | 20.342 | 20.378 | 20.342 | 20.362 |
| New York . . 1 D. | 4.1935 | 4.2015 | 4.1935 | 4.2015 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.365 | 16.405 | 16.365 | 16.405 |
| Schwitz . . . 100 Fr. | 80.71 | 80.87 | 80.72 | 80.88 |
| Wien 100 Schilling | 59.085 | 59.205 | 59.07 | 59.19 |
| Brag . . . 100 Kr. | 12.428 | 12.448 | 12.428 | 12.448 |

Großkraftwerk Mannheim A.-G. Die G.-G. genehmigte den Abschluß mit 7 Proz. Dividende auf die St.-A., mit 10 Proz. auf die B.-A. Lit. A und mit 15 Proz. auf die B.-A. B; 5320 M werden vortragen.

Aus der Landeshauptstadt

Der figürliche Schmuck am Landtagsgebäude wird am morgigen Mittwoch enthüllt werden. Über dem Haupteingang befindet sich das neue badische Wappen (von Bildhauer Wagner) und in den unteren drei Feldern die Opfer darbringende Göttin der Weisheit mit beiderseits zwei Opferschalen auf Randelabern (von Bildhauer Wühl). Die Arbeit ist nach Art der alten Barockkunst des 17. Jahrhunderts (auf dem Verputz ausgeführte Antragsarbeit mit Sand und Kalk) ausgeführt und verguldet, wohl die erste Arbeit dieser Art, die seitdem in Karlsruhe wieder gezeigt wird. Gegenwärtig wird noch an der Inschrift gearbeitet, die lautet: „Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz.“

80. Geburtstag. Medizinalrat Dr. Appert, der über 40 Jahre hier als Hals-, Nasen- und Ohrenarzt tätig war, feiert am Mittwoch seinen 80. Geburtstag. Seit 1923 verbringt Medizinalrat Dr. Appert seinen Lebensabend in Weisingen.

Arbeiter-Samariter-Lotterie. 30 000 Lose der Arbeiter-Samariter-Lotterie sind noch nicht verkauft. Um einen restlosen Absatz der Lose und damit den Zwerdtertrag zu sichern, ist der neue, endgültige, nicht mehr verschiebbare Ziehungstermin auf 18. Oktober 1928 festgesetzt.

Bad. Lichtspiele. — Konzerthaus. Mit dem am Samstag begonnenen Programm hat die Direktion der Lichtspiele bewiesen, daß sie auch im kommenden Spieljahr alles daran setzen wird, uns nur Vorzügliches im Film vorzuführen. Die Opelwochenschau bringt die neuesten Ereignisse, u. a. die feierliche Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. — Ein Kulturfilm „Die Gewinnung des Rosenöls“ zeigt uns die mühsame Erzeugung dieses Produktes. Zur Gewinnung von einem Kilo Öl sind 4 000 000 Blüten nötig. Die Stadt Kasanlit in Bulgarien ist durch die Rosenzucht und den Handel mit Rosenöl schon seit alter Zeit berühmt. Ein weiterer Beifilm, als Propagandamittel gedacht, macht uns mit der Stadt Wiesbaden bekannt. Die vorzüglichen Badeeinrichtungen, die die Stadt geschaffen hat, geben uns ein Bild von der Ausnützung und der Heil- und Gegenkraft der Quellen. — Als Hauptfilm folgt dann „Die Jungferreise mit dem Dampfer Cap Arcona“. Das Schiff, zur Hamburg-Südamerika-Linie gehörend, lief im Mai 1927 vom Stapel, um im Späthjahr des gleichen Jahres seine erste Reise nach Südamerika anzutreten. Auf dieser Reise begleiteten wir den Dampfer, besuchten wir Vigo (Spanien), die kanarischen Inseln, Landschaftsaufnahmen von ungeahnter Schönheit wurden uns gezeigt. Nach Verlassen von Santa Cruz hat man nun reichlich Gelegenheit, das Wunder der Einrichtung des Schiffes zu betrachten. Beim Passieren des Äquators fehlt auch die übliche „Laufe“ nicht. Nach mehreren Tagen wird die Hauptstadt von Brasilien, Rio de Janeiro, erreicht. Ausflüge nach Santos und San Paulo zeigen uns die Herrlichkeiten dieses schönen Landes. Mit Erreichung der Hauptstadt von Argentinien, Buenos Aires, haben wir unsere Reise beendet — eine Fülle von Eindrücken mit nach Hause nehmend. Der Dampfer braucht zur Überfahrt nach Südamerika 13 Tage und fährt mit seinen 27 000 Passagieren 1300 Reisende. Zu erwähnen wäre auch die musikalische Begleitung des Films, die diesmal ganz besonders gefiel.

Kurze Nachrichten aus Baden

10. Heidelberg, 10. Sept. Der bekannte Erfinder des Gasglühlichts und der Osmium-Lampe, Freiherr Auer von Welsbach wurde anlässlich seines 70. Geburtstages zum Ehrensenator der Heidelberger Universität ernannt. (Bekanntlich ist Freiherr Auer von Welsbach aus dem gleichen Anlaß zum Ehrensenator der Freiburger Universität ernannt worden.)

10. Schlussee, 10. Sept. Die Nachforschungen darüber, wie der große Steinfall in der Nähe der Station Seeburg auf die Gleise der Dreifachbahn gekommen sein könnte, haben ergeben, daß der Bahnarbeiter Ketterer aus Wärental den Stein auf den Bahnhöfen gelegt hat, um kurz vor Ankunft des Zuges seiner Behörde von einem geplanten Anschlag Meldung zu machen und sich eine Belohnung zu sichern. Er wurde daraufhin sofort aus dem Dienst entlassen.

10. Freiburg, 9. Sept. Zu Ehren eines der wenigen Überlebenden des Todesritzes von Mars-la-Tour, des aus Berlin gebürtigen 82 Jahre alten Veteranen Kurt Bloche, der sich gegenwärtig im Sanatorium Stotterbad (Schwarzwald) als dessen Ehrengast aufhält, fand heute nachmittag daselbst eine von den Krieger- und Militärvereinen des Kreises veranstaltete feierliche, aber sehr eindrucksvolle Feier statt. Zahlreiche ehemalige Offiziere der alten Armee und Marine hatten sich zu dieser Feier, bei der auch die Donau-Regiment Kapelle des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 14 mitwirkte, eingefunden, darunter General a. D. Freiherr von der Goltz, der Befreier Finnlands und Vizemirall von Hollweg.

10. Billingen, 10. Sept. Gestern fand hier die Einweihungsfeier für das neuerrichtete Kinderwaisenhaus in Gegenwart der städtischen und staatlichen Behörden statt. Das Heim hat schon mehrere Wochen einer großen Anzahl Billinger Kinder einen Freiluftaufenthalt geboten.

10. Donaueschingen, 10. Sept. Das hiesige Reichswehrbataillon rückte heute früh auf 10 Tage auf den Truppenübungsplatz Münsingen ab.

10. Konstanz, 10. Sept. Wie verlautet, hat der kürzlich verstorbenen Großherzog Friedrich die Insel Mainau testamentarisch seiner Schwester, der Königin von Schweden, vermacht. Die Insel gehörte früher zur Abtei Reichenau, wechselte dann in den folgenden Jahren den Besitzer und wurde im Jahre 1853 von Großherzog Friedrich I. von Baden erworben, der vor allem den herrlichen Garten mit den seltenen südlichen Pflanzen anlegte.

10. Schönmünzach, 10. Sept. Der Anstifter des großen Brandes vom vorigen Monat, Finkeiner, dem das Laborantenhaus hier zum Opfer fiel, hat nach langem, hartnäckigem Weigern seine Tat eingestanden. Er war ziemlich raffiniert zu Werke gegangen. Als Entschuldigung gibt er große wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit an. Er habe auf die Feuerversicherungsentschädigung gehofft.

11. Schwenningen (Württemberg), 11. Sept. Auf der Landstraße zwischen Schwenningen und Weisingen stießen ein 19jähriger Motorradfahrer, der Sohn des hiesigen Fabrikanten Schuler, und ein 10jähriger Radfahrer namens Friedrich Reible, zusammen. Beide wurden so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus starben.

11. Kaiserslautern, 11. Sept. Als am Sonntagabend 6 Dienstmädchen vom Land auf dem Wege nach Kaiserslautern zu ihrer Dienstherrenschaft an der französischen Kaserne vorüberging, wurde es von etwa fünf französischen Soldaten überfallen und in die Kaserne geschleppt. Dort versuchten sie dem Mädchen Gewalt anzutun. Als die Soldaten merkten, daß sie ihr Ziel nicht erreichten, mißhandelten sie ihr Opfer derart, daß es aus Mund und Nase blutete. Die überfallene erstattete sofort Anzeige bei der deutschen Polizei. Der französische Gendarmerei ist Meldung erstattet worden. Die deutschen und französischen Behörden haben die Ermittlungen zur Feststellung des genauen Tatbestandes eingeleitet.

10. Bad Dürkheim, 10. Sept. Seinen Höhepunkt erreicht der Pfälzer Frohsinn alljährlich mit dem seit einem halben Jahrtausend gefeierten größten Pfälzer Heimatfest, dem Dürkheimer Wurstmarkt, auf dem vor dem neuen Herbst gründlich mit den alten Weinbräuten aufgeräumt zu werden pflegt. Das diesjährige Leben und Treiben übertraf alles bisher Gesehene. Hunderte von Teilnehmern an der Dürkheimer Tagung des Reichsstadtebundes hatten schon gestern unter der Führung ihres Vorstandes, Oberbürgermeister Dr. Helian, dem Wurstmarkt einen Besuch abgestattet. Nachdem schon am Samstag etwa 2000 auswärtige Kraftwagen in Dürkheim eingefahren waren, wimmelte es am Sonntag geradezu von solchen und von Motorrädern. Dazu führten die Züge gewaltige Befehdungen hierher. Diesmal ist mit dem Wurstmarkt eine erste Veranstaltung verbunden: die Gewerbeausstellung mit Sonderreise. Dessen Eröffnung ging mittags in der städtischen Ausstellungshalle vor sich.

**Staatsanzeiger
Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten**

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Registrierungsgehilfin Luise Kattgeb zur Kanzlistin bei der Landesversicherungsanstalt, Druckereigehilfe August Widmann zum Decker bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe.
Planmäßig angestellt:
Kanzleigehilfe Eugen Rothstein bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe.
Zuruückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmecielommissar Gordian Wetter in Heidelberg.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Berufen:
Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. phil. et theol. Ludwig Andreas Veit die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Freiburg.
Gestorben:
Ludwig Hoffmann, Hauptlehrer in Malsch, Amt Ettlingen. Technischer Obersekretär Karl Oger in Freiburg.

Herbst und Winter 1928
Die neuesten
Herren- u. Damenstoffe
in staunenerregender Auswahl und billigsten Preisen
zeigen
Leipheimer & Mende

Straßensperre.
Nachstehende Kreiswegstrecken werden wegen Erneuerung der Walzdecken in der beigesetzten Zeit werktags von 6 bis 19 Uhr für alle Fahrzeuge von mehr als 3 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt; auch dürfen, soweit Fahrzeuge zugelassen sind, die genannten Sperrestrecken von Fuhrwerken nur im Schritt und von Kraftwagen mit höchstens 10 km Geschwindigkeit befahren werden:
1. Kreisweg Nr. 29, Durlach—Thomasshof, vom Thomasshof abwärts vom 13. bis 19. September d. J.
Umgebungsweg: Durlach—Grünwettersbach—Stupsberg.
2. Kreisweg Nr. 31, Gemarkung Durlach zwischen der Landstraße Nr. 1 Durlach—Ettlingen und Hohenwettersbach vom 20. bis 27. September d. J.
Umgebungsweg: Wolfartsweier—Grünwettersbach—Hohenwettersbach.
Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 R. Str. G. B. mit Geld bis zu 60 Mk oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
R. 712
Karlsruhe, den 7. September 1928. O. 3. 81
Badisches Bezirksamt Abt. IV.

Spar- und Waisenkasse Königheim
Öffentliche Sparkasse.
Bilanz per 31. Dezember 1927.

| Soll: | | Haben: | |
|----------------------------------|-------------------|-------------------------|-------------------|
| Kasse | 1 357,01 | Spareinlagen | 178 245,05 |
| Postsparkamt | 146,34 | Giro- u. Scheckeinlagen | 31 880,88 |
| Kontokorrente | 24 831,96 | Anlehenskapitalien | 71 453,69 |
| Darlehen an Gemeinden | 5 800,— | Aufwertungsfond | 15 377,06 |
| Schuldscheindarlehen | 127 342,60 | Rücklagen | 6 103,01 |
| Hypotheken | 92 740,— | Reservefonds | 5 691,— |
| Grundstückskaufgelber | 51 301,04 | Reingewinn 1927 | 7 424,20 |
| Betriebskapital bei Girozentrale | 4 595,05 | | |
| Einnahmerückstände | 7 220,90 | | |
| Inventory | 840,— | | |
| | 316 174,89 | | 316 174,89 |

Schweizerische Bundesbahnen, Kreis III.
Konkurrenz-Eröffnung.
Über die Ausführung der Maurer-, Betonierungs- und Abdichtungsarbeiten zum Umbau der Brücke über die Landstraße km 33.003 zwischen Rottstetten und Jetteten der Strecke Eggenau—Schaffhausen wird Konkurrenz eröffnet.
R. 710
Näheres siehe Eisenbahn-Amtsblatt Nr. 36 vom 5. September 1928, das auf den Stationen der S. V. B. aufliegt.
Zürich, den 8. September 1928.
Baubetteilung des Kreises III der Schweiz. Bundesbahnen.

Spar- und Waisenkasse Königheim
Öffentliche Sparkasse.
R. 713

Karlsruhe, R. 709
Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gustav Rose, Schuhwahrenhaus in Karlsruhe, wurde nach Vornahme der Schlussverteilung und nach Abhaltung des Schlussstermins aufgehoben.
Karlsruhe, 5. Sept. 1928. Geschäftsstelle des Badischen Amtsgerichts A 8.

Karlsruhe, R. 707
Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band I Seite 114: Rickard, Friedrich, Oberpostinspektor, Karlsruhe, und Wilhelmine geb. Scholtmüller. Die Ausschließung des Rechts der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises für die Geschäfte ihres Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ist auf Antrag des getrennt lebenden Ehemannes aufgehoben.
3. Sept. 1928.
Franz Josef, Kaufmann, Karlsruhe, und Lina geb. Cleve. Vertrag vom 31. Aug. 1928. Gütertrennung.
4. Sept. 1928. Amtsgericht Karlsruhe.

Die Aufstellung zweier Laugenbottiche im Rheinvorland durch die Firma Vogel und Bernheimer in Wazau.

Die Firma Vogel und Bernheimer, Papier- und Cellulosefabrik in Wazau, hat die Genehmigung zur Aufstellung zweier Laugenbottiche im Rheinvorland südlich des Hochwasserdammes XXVII auf Gemarkung Amlingen, Ortsteil Wazau und zur Überbrückung des Rheinammes mit einer Rohrbrücke beantragt.
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem Bezirksamt Karlsruhe oder dem Gemeinderat Amlingen in der Zeit vom 10. bis 24. September 1928 anzubringen sind, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als versäumt gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 113 Satz 2 des Gesetzes), und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.
R. 711
Beschreibung und Pläne des Unternehmens liegen zur Einsicht der Beteiligten beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer Nr. 26, und beim Gemeinderat Amlingen offen.
Karlsruhe, den 3. September 1928. O. 3. 79
Badisches Bezirksamt Abt. III.

Colosseum
Nur noch bis 15. Sept. Täglich abends 8 Uhr
Berliner Neubach-REVUE
Ohne Kleid — tut mir leid!
30 Bilder
Prachttaustattung.

Freihand, Kadelmholzerlauf
Bad. Forstamt Neustadt i. Schwarzw. Montag, 17. September 1928, vorm. 11 Uhr: ca. 1700 fm vorwiegend Fi. Loberzeichnis usw. durch Forstamt. R. 703

Badisches Landesstheater
Mittwoch, 12. September
*E. L. G. Gem. 301—400
Die heilige Ente
Oper von Gál
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise C (1—7)
Do., 13. Sept. Kallotta, A. Mai. Fr., 14. Sept., Der Londoner verlorene Sohn. Sa. 15. Sept. neueinstudiert: Lud das Licht scheint in der Finsternis. So., 16. Sept., neueinstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Di., 18. Sept., Schinderhannes